



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Von einem Ostelbier: Die Ablehnung des Mittellandkanals

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Ablehnung des Mittellandkanals\*)

Von einem Ostelbier



achdem am 29. August die parlamentarische Kampagne ihr Ende erreicht und die Erklärung der königlich preussischen Staatsregierung in der gemeinsamen Schlußsitzung des Landtags trotz aller andern Voraussetzungen und Androhungen scharfer Maßnahmen nichts andres gebracht hat als die Ankündigung, daß die Vorlage in der nächsten Session wiederkehren würde, geziemt sich wohl noch eine kurze Beleuchtung der Situation mit einem Rückblick auf ihre Ursachen und einem Ausblick auf ihre Folgen.

Es ist bekannt, daß Wilhelm I. vor der Annahme des Kaisertitels die Befürchtung aussprach, Preußen möchte, wenn seine Könige Kaiser würden, zu kurz kommen, indem sich die spätern Herrscher mehr den deutschen Interessen zuwenden könnten. Die Preußen würden dann sagen: „Wir hatten doch früher einen König!“ Nun Wilhelm II. weiß die Pflichten des deutschen Kaisers und die des Königs von Preußen vollkommen mit einander zu vereinigen; er ist den Brandenburgern ihr Markgraf und den Pommern ihr Herzog geblieben. Trotzdem aber haben sich die Befürchtungen seines Großvaters in einem gewissen Sinne doch verwirklicht. Bekanntlich wird der preussische Staat nur in einem sehr beschränkten Umfange von dem König und den Ministern regiert. Der König führt selbst den Oberbefehl über Deutschlands Heer und Flotte, ebenso liegt die oberste Entscheidung über die auswärtige Politik in seiner Hand. Außerdem hat er nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Gepflogenheiten tagtäglich eine Unsumme von Ernennungen, Patenten, Erlassen usw. durch seine Unterschrift zu sanktionieren; sich um alle Einzelheiten der Verwaltung zu kümmern, dazu fehlt ihm einfach die Zeit, weil der Tag auch für ihn wie für jeden Sterblichen nur vierundzwanzig Stunden hat.

Von den Ministern gilt annähernd dasselbe, ihre Ressorts sind zu groß (z. B. das Kultusministerium mit Kirche, Universitäten, höhern und Volksschulen, Medizinalwesen, Stiftungen usw.), und vor allem kommt die unglückliche bis aufs äußerste überspannte Zentralisation hinzu, die jeden, auch den geringsten Quark vor das Forum der obersten Instanz zieht. Über die

\*) Wir bringen diesen Artikel, weil er die wichtige Angelegenheit von einer neuen Seite beleuchtet und aus der Feder eines genauen Sachkenners stammt.

Fülle der zu seiner Entscheidung gelangenden Dinge auch nur einen Überblick zu behalten, ist deshalb für einen Minister, selbst wenn er mit den besten Gaben und mit unermüdblicher Arbeitskraft ausgerüstet ist, schlechterdings unmöglich. Er kann nur einzelnes herausgreifen, die große Mehrzahl der Geschäfte muß er seinen Räten überlassen. Sein thatsächlicher Einfluß auf die Räte ist aber sehr gering, denn sie sind unabsetzbar und auch unversetzbar, weil es bei den Provinzialbehörden keine ihrem Range und Gehalt entsprechenden Stellen giebt; die dreiunddreißig Regierungspräsidenten kommen den Hunderten von Ministerialräten gegenüber kaum in Betracht. Nicht von dem jeweiligen Minister, es sei denn, daß gerade durch Tod oder durch Alterspensionierung eine Vakanz eingetreten wäre, sondern von irgend einem seiner zahlreichen Vorgänger sind sie berufen worden und sie sind sicher, ihn im Amte zu überleben. Obwohl theoretisch nur seine Sekretäre, die ausführen müssen, was er ihnen befiehlt, sind sie in Wirklichkeit die Herren der Situation; das allermeiste geht allein nach ihrem Willen.

Als im Jahre 1866 der Staat Preußen einen bedeutenden Zuwachs erhielt, besetzte man natürlich die leitenden Stellen in den neuen Provinzen mit preußischen Beamten, ebenso natürlich hatte man aber auch das Bedürfnis, an den grünen Tischen der Berliner Ministerien Männer zu haben, die Land und Leute kannten; auch mußten eine Reihe von Mitgliedern der bisherigen nun aufgelösten Landeszentralstellen plaziert werden. So siedelten zahlreiche neuprovinzliche Ministerialräte nach Berlin über; meist waren es jüngere Männer, denn die Ältern zogen es vor, unter günstigen Bedingungen in den Ruhestand zu treten. Diese jüngern Räte waren, das muß man anerkennen, tüchtige Leute, die sich nützlich machten und bald fest im Sattel saßen. Nun war es aber in den kleinern Staatsgebilden, aus denen sie hervorgegangen waren, ausnahmslos Regel gewesen, daß zur Beförderung in eine bessere Stelle nicht nur Verdienst, sondern auch gute Empfehlung gehörte. Es lag das in der Natur der Sache, weil man in einem kleinen Lande die Personal- und Familienverhältnisse jedes einzelnen ganz von selbst kannte, und die Beamten mit einander durch wechselseitige Beziehungen verbunden waren. In Preußen lagen vor 1866, als die Verkehrsverhältnisse noch sehr wenig entwickelt waren, die Dinge ganz anders, der Westen war von dem Zentrum ganz abgetrennt, und der Osten lag zu großen Teilen weit ab. Daher mußten schon besonders glückliche Umstände hinzukommen, wenn ein Provinzialbeamter in Berlin besondere Verbindungen und Beziehungen hatte.

Die neuen Ministerialräte verfahren nun, wer sollte es ihnen verdenken, nach herkömmlich gewohnter Art, sie „empfehlen“ nicht nur nach den Akten, sondern auch nach ihren Beziehungen: Verwandte, Freunde und Bekannte und deren Söhne und Neffen, die ihnen wieder von diesen „empfohlen“ wurden, und so bevölkerten sich die Ministerialbüreaus immer mehr und derart mit Neuprovinzlern, daß ihnen auch Dezernate über die alten Landesteile über-

tragen wurden. Diesen Herren waren aber die Verhältnisse in Ostelbien selbstverständlich nicht bekannt, und da ein Ministerialrat selten aus seinem Bureau herauskommt, und wenn es geschieht, nur zu sehr kurzen Dienstreifen, da sie ihre Urlaubswochen selbstverständlich in der alten westlichen Heimat zubrachten, so beschränkten sich auch die Kenntnisse, die sie erwarben, nur auf den Inhalt der Akten. Land und Leute blieben ihnen fremd, und sie wandten mehr als häufig ihre heimatlichen Anschauungen und Maximen auf Verhältnisse an, die ganz anders lagen, als sie meinten, in einer den thatsächlichen Umständen wenig günstigen Weise. Auch fehlte ihnen zumeist das warme Interesse für die ostelbischen Provinzen. „Preußen“ war in ihrer Heimat eher verhaßt als beliebt gewesen, und die staatspolitischen Veränderungen hatten ihnen nicht alle Jugendantipathien aus dem Herzen gerissen. Sie stellten das alte Vaterland mit seinen Einrichtungen turmhoch über das neue und ließen von den ursprünglichen Bestandteilen des neuen etwa noch die westlichen Provinzen, Rheinland und Westfalen, gelten, während ihnen, was rechts von der Elbe oder gar von der Oder lag, als minderwertig erschien.

Dazu kam nun noch die allgemeine Tendenz der damaligen Staatspolitik, den einverleibten Provinzen den Übertritt und das Einleben in die neuen Verhältnisse so vorteilhaft als möglich zu gestalten. Man bevorzugte sie thatsächlich in aller und jeder Beziehung, und die alten mußten zurückstehn. Der angrenzende Westen, ja auch noch die Provinz Sachsen heimsten manche Vorteile dieser Politik ein, namentlich auf dem Verkehrsgebiete, aber der Osten ging völlig leer aus, und doch war er vor 1866 der überwiegend größere Teil des preussischen Staatskörpers gewesen.

Dieser Teil war es, der 1813 die Hauptarbeit gethan hat, und das Preußen von 1866 schlug nicht allein Königgrätz, sondern stellte auch zum Kriege von 1870/71 sowohl überhaupt wie insonderheit aus den gebildeten und bemittelten Schichten ein sehr viel höheres Kontingent von Streitern als das übrige Deutschland und die neuen Provinzen. Der Grund hierfür lag einfach darin, daß damals nur Preußen die allgemeine Wehrpflicht, die alle Stände zum Waffendienst berief, eingeführt hatte und seit der Armeeorganisation von 1859 mehr oder minder jeden gesunden Mann in das Heer einstellte. Auch aus den neuen Provinzen zog 1870 die ganze junge Mannschaft in den Krieg, aber das waren doch nur die Jahrgänge 1867 bis 1870, also noch nicht einmal der erforderliche Bedarf an Reservisten, um die Regimenter auf den Kriegstand zu bringen; die gesamte Landwehr, die bei Metz, Paris und vor allem unter Werder ihr Blut vergoß, mußte einschließlich der Offiziere fast allein von den ältern Provinzen gestellt werden.

Aber nicht nur die Kriegslleistung kommt in Betracht; auch im Frieden hat das alte eng eingeschnürte Preußen manch schweres Opfer gebracht. Man nannte früher Österreich Deutschlands Schild und Preußen Deutschlands Schwert; um dieses Schwert zu sein und ein entsprechendes Heer unterhalten

zu können, war es gezwungen, sehr gewichtige, ja die allermeisten wirtschaftlichen Interessen zurückzustellen; seine Beamten mußten sich mit minimalen Gehältern begnügen, während sich das übrige Deutschland die nationale Landesverteidigung äußerst bequem machte und dann noch dazu über die Hunger- und Bettelpreußen spottete.

Will man nun wirklich glauben, für alles das hätte Ostelbien keine Empfindung, es hätte den Lohn, den es empfing, nämlich hinter die neuen Provinzen zurückgestellt zu werden und auf dem Verwaltungs- und wirtschaftlichen Gebiet gewissermaßen die Rolle des Besiegten zu spielen, ohne jedwede Bitterung hingenommen? In einer Bevölkerung, die überwiegend Landwirtschaft treibt, treten die Empfindungen nicht derart an das Licht der Öffentlichkeit wie bei einer industriell zusammengedrängten. Aber um so tiefer und bitterer wurzelt der Groll im Herzen.

Man hat sich oft über den herben Ton in den agrarischen Kundgebungen und namentlich dem Grafen Caprivi gegenüber gewundert. Ja, da kam es eben heraus, was die Herzen lange im stillen genährt hatte. Bismarck gegenüber, dem märkisch-pommerischen Junker, dem großen Staatsmann, machten sich die Gefühle nicht derart Luft; aber als sein Nachfolger noch ausdrücklich betonte, daß er keinen Halm und kein Ur sein eigen nenne, fiel die Rücksicht weg. Mögen selbstverständlich manche Übertreibungen von agrarischer Seite vorgebracht sein, thatsächlich ist der Wohlstand in den östlichen Provinzen zurückgegangen, und gegenwärtig empfinden sie die sogenannte Leutenot als einen so schweren Druck wie keinen andern vorher.

Inwieweit die Regierung hier und in andrer Beziehung hätte abhelfen können, z. B. dadurch, daß sie den Zuzug nach dem Westen durch die Anforderung ordnungsmäßiger Unterkunft und Beschulung der Einwandernden erschwerte, das Armenrecht anders regelte usw., wollen wir dahingestellt sein lassen. Darüber aber besteht kein Zweifel, daß man ihr in Ostelbien übereinstimmend vorwirft, sie entbehre nicht nur der Kenntnis der Verhältnisse und damit des Verständnisses dafür, sondern auch des Interesses für den Osten, und zwar vorwiegend deshalb, weil die wichtigsten Ministerialdezernate von Neu- und Westprovinzlern verwaltet würden.

Dabei mag ja ein gutes Stück Partikularismus mitspielen; aber wenn der hannoversche Geheimrat keine Sympathien für das „wendische Ostelbien“ hat und sich ihm gegenüber als „Niedersachse,“ d. h. als reingermanischer höherer Kulturmenschen fühlt, so kann man es dem Ostelbier billigerweise auch nicht verdenken, wenn er ihm die Antipathie herzlich zurückgiebt und auf die historische Vergangenheit seiner Heimat und deren Verdienste um Preußen und Deutschland pocht.

So hatte sich im Laufe der letzten Jahrzehnte viel Zündstoff angesammelt, vor allem aber, und das muß zum Verständnis der letzten Vorgänge ganz

besonders betont werden, auf dem Gebiet der Wasserbauverwaltung. Hier ist durch die Regierung viel gefehlt worden. Nicht nur, daß man den Neuforderungen der Gegenwart keine Rechnung trug, man ließ auch verkommen und verfallen, was die Vorzeit durch fürsorgliche Verwaltung geschaffen, und wodurch sie den Wohlstand weiter Landstriche begründet hatte. Die Zustände an der Oder, Spree und Havel spotten seit Jahrzehnten jeder Beschreibung. Ganze Landstriche sind verarmt — und es geschieht nichts, als daß von Zeit zu Zeit ein Projekt aufgestellt wird, Verhandlungen geführt werden, und dann alles beim alten bleibt. Dabei werden den Interessenten Projekte vorgelegt, die auf gänzlicher Unkenntnis der Verhältnisse beruhen, ohne daß man sich herbeiläßt, ihren Rat anzunehmen; außerdem werden ihnen Opfer zugemutet, die ihre Kräfte weit übersteigen. In einem „Die Überschwemmungsschäden und das Landwirtschaftsministerium“ überschriebenen Artikel (Nr. 429 vom 24. August 1899) hat das Berliner Tageblatt, dem man wahrhaftig keine Freundschaft für die Landwirtschaft und Ostelbien nachsagen kann, und auf das ich mich deshalb in diesem Falle berufe, die einschlägigen Verhältnisse drastisch aber treffend geschildert. Was wunder, daß ein Schrei der äußersten Entrüstung durch die in Betracht kommenden Provinzen ging, als die Kanalvorlage das Ansinnen an das Land stellte, mehr als dritthalbhundert Millionen für Kanalbauten im Westen zu opfern, während, und das war das Schmerzlichste aber auch am meisten zum Widerstand aufreizende, die Regierung den Notständen auf eben und demselben Gebiet im Osten Auge und Ohr wieder gänzlich verschloß. Hierin liegt der Kernpunkt, der eigentliche Fehler, der noch dadurch größer erscheint, wenn man bedenkt, daß dabei auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, vom Herrenhause ganz zu schweigen, auch nicht die leiseste Rücksicht genommen wurde. Es fehlte an jeder Fühlung mit einem wichtigen Teile des Volkes sowohl wie der Volksvertretung. Beide wären leicht zu haben gewesen, wenn man ihnen auch nur in leisester Weise hätte entgegenkommen wollen, indem man eine Parallelvorlage einbrachte, die die Mißverhältnisse im Oder-, Spree- und Havelgebiet wenigstens einigermaßen beseitigte. Aber dann hätte man auch dem Osten Mühe und Arbeit zuwenden müssen, und dazu war an maßgebender Stelle, nämlich in den Ministerialbüreaus, keine Neigung vorhanden. Nicht die Krone, nicht die Minister haben die Niederlage verschuldet, sondern das bürokratische System, das eigenfönnig seinen Theorien nachgehend sich den wirklichen Bedürfnissen verschloß.

Abgesehen von der kurzen Zeit der sogenannten neuen Ära, als bei Antritt der Regentschaft der damalige Prinz von Preußen und nachmalige König und Kaiser Wilhelm I. das Ministerium Manteuffel entließ, war die konservative Partei in Preußen niemals in dauernder Opposition gegen die Regierung, und die „liberalen“ Minister dieser neuen Ära würde man heutzutage ganz gut den Freikonservativen zuzählen können. Bismarck, ursprünglich konser-

vativer Parteimann, hat nach 1866 seine Ministerkollegen genommen, wo er sie finden wollte, und mitunter Männer, die, wie z. B. Camphausen, weit eher dem Liberalismus zuzuzählen waren als den Konservativen. Aber er war und blieb der allmächtige konservative Ministerpräsident, und auch unter seinen Nachfolgern behielt das Ministerium eine konservative Färbung. Man kennt es deshalb in Preußen eigentlich gar nicht, daß die konservative Fraktion im Landtage in einem einschneidenden Gegensatz zur Regierung steht, und daraus hat man von liberaler Seite gewissermaßen gewohnheitsrechtlich die Befugnis hergeleitet, den Konservativen das Recht, auch ihrerseits einmal „Nein“ zu sagen, rundweg abzuspochen, insonderheit aber dann, wenn der König persönlich für eine Vorlage eintritt. Die Gegner werfen ihnen immer vor, namentlich bei den Wahlen, daß sie Sasager, und den Beamten unter ihnen, daß sie Streber wären; aber wenn das Gegenteil eintritt, ist man empört und scheut sich nicht, die Regierung zu den antiliberalsten Maßreglungen anzureizen. Dabei läßt man außer Augen, oder da das eigentlich nicht gut möglich ist, man verschweigt, daß es sich bei der Kanalvorlage um eine ganz vorwiegend wirtschaftliche Zweckmäßigkeitsfrage handelt, während man, als alle Parteien, die Konservativen ausgenommen, im Reichstag die sogenannte Zuchthausvorlage, für die sich die Krone doch noch ganz anders engagiert hatte, nicht einmal einer Kommissionsberatung würdigten, sehr weit davon entfernt war, dieselben Konsequenzen zu ziehen.

Auch unter den Konservativen giebt es wie überall schwache Charaktere; aber diesmal wurde es ihnen nicht schwer gemacht, Charakterfestigkeit zu zeigen, denn der ostelbische Abgeordnete, der für den Kanal stimmte, machte sich für seinen Wahlkreis geradezu unmöglich. Ob Beamter oder nicht, das kann für einen konservativen Abgeordneten, so lange wir eine im wesentlichen konservative Regierung haben, kaum in Betracht kommen. Denn in wichtigen staatspolitischen Fragen ist die konservative Partei immer mit der Regierung gegangen und wird es auch ferner thun. Wenn aber in wirtschaftlichen Fragen der beamtete Abgeordnete nicht sollte Nein sagen dürfen, dann müßte man ihm einfach die Wählbarkeit absprechen. Auch dienstlich kommt der Beamte vielfach in die Lage, Nein zu sagen, wenn man seinen Rat einholt, und er ganz gut weiß, daß oben ein Ja sehr erwünscht wäre. Gott sei Dank ist aber gerade unsre altpreußische Beamtenschaft so geartet und gestaltet, daß sie in solchen Fällen aus ihrer Überzeugung kein Hehl macht.

Ob Beamte, namentlich politische, wählbar sein sollen oder nicht, darüber läßt sich streiten; die Regierung würde sich aber arg ins eigne Fleisch schneiden, wenn sie die Nichtwählbarkeit erstreben wollte. Gern wird ein Beamter niemals gegen eine wichtige Vorlage stimmen, während der Nichtbeamte gar keine Rücksichten zu nehmen braucht. In den ostelbischen Wahlkreisen sind die Männer, die gewillt und geneigt sind, ein Mandat zu übernehmen, mehr als dünn gesät, und es würde für die Leistungsfähigkeit der Volksvertretung nicht

gerade vorteilhaft sein, wenn sie die sach- und fachkundigen Beamten entbehren müßte. Endlich, wenn die Regierung das Abgeordnetenhaus hätte auflösen oder die kanalgegnerischen Beamten zur Mandatsniederlegung zwingen wollen, so wäre sie ganz sicher gewesen, einer verstärkten, zu keinem Kompromiß geneigten Opposition zu begegnen und jede Aussicht auf Annahme einer erneuten Kanalvorlage von vornherein zu verscherzen.

Wir hoffen und wünschen, daß der Kanal gebaut wird; aber das ist nur zu ermöglichen, wenn zugleich eine Vorlage eingebracht wird, die die Schäden auf demselben Gebiet in den östlichen Provinzen zu beseitigen strebt. Das ist der einzig gangbare Weg. Hoffentlich schlägt ihn die Regierung ein. Sie thut dann nichts andres, als daß sie den alten Grundsatz befolgt, der Preußen groß gemacht hat: *Suum cuique*.



## Der Römerstaat

### 2. Soziale Kämpfe

(Schluß)



oscher hat den richtigen Satz aufgestellt: ob die Herren durch Selbstsucht zu milderer Behandlung der Sklaven bestimmt würden, das hänge von deren Preise ab. In Rom nun war zur Zeit der großen Eroberungen und der durch die endlosen Kriege begünstigten Seeräuberei der Preis sehr niedrig. Welche Massen manchmal ein einziger Feldzug ergab, davon liefert der dritte mazedonische Krieg eine Probe. Unter dem Vorwande, die zu Perseus abgefallenen Epiroten zu strafen, in Wirklichkeit aber nur, um die üble Laune der Soldaten zu verbessern, die verdrießlich waren, weil sie von der mazedonischen Beute einen zu geringen Anteil bekommen hatten, wurde Anicius beauftragt, an einem Tage siebenzig epirotische Städte zu zerstören und die Beute den Soldaten zu lassen; die Zahl der Menschen, die als Beute verkauft wurden, betrug 150 000 (Liv. 45, 34). Von einem andern Mitarbeiter ist einmal hervorgehoben worden, daß die antike Sklaverei empörender sei als die amerikanische Negerklaverei, weil in der alten Welt die Sklaven meistens Menschen derselben Rasse waren wie ihre Herren. Das trifft nun freilich gerade auf die nicht zu, die auf den Plantagen der Römer als Arbeitsvieh behandelt wurden, denn diese waren meistens Numidier und Syrer. Was die gebildeten Sklaven anlangt, die meistens griechischer Abkunft waren, so hat Cicero z. B. seinen Freigelassenen Tiro als Freund und seinen gelehrten Sklaven Dionysios immer noch rücksichtsvoller behandelt als Scipio den freien Philosophen Panätios, oder